

---

## Buchbesprechung

---

Fiedler, Werner/Reiner Hoffmann/Klaus Kost (Hrsg.): Gewerkschaften auf neuen Wegen. Auf der Suche nach Alternativen innerhalb der Gewerkschaften, SP-Verlag, Marburg 1987, 223 S., 19,80 DM.

Warum interessiert sich ein Politiker für ein Buch, dessen Autoren sich erklärtermaßen „auf die Suche nach Alternativen innerhalb der Gewerkschaften“ begeben wollen?

Zum einen: In Großorganisationen wie Parteien, Verbänden und Gewerkschaften stellen sich viele Probleme ähnlich. Auch die SPD beispielsweise hat Schwierigkeiten, ihre Mitglieder zu aktivieren und aktive Mitglieder in ausreichendem Maße an politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen. Zum anderen - und das ist noch wichtiger -: Sowohl die Gewerkschaften wie die SPD haben ihre gemeinsame Wurzel in der Arbeiterbewegung. Beide sind, so denke ich, in vielen Bereichen aufeinander angewiesen. Es ist nicht zu leugnen, daß eine kampfbereite und starke Arbeiterbewegung, die sich aus den Gewerkschaften auf der einen und der SPD als deren parlamentarischem Gegenstück auf der anderen Seite zusammensetzt, in unserer Gesellschaft immerhin ein annäherndes Machtgleichgewicht garantiert hat, das vielen Schutz geboten hat.

Der Angriff der politischen Rechten richtet sich gegen dieses Machtgleichgewicht. Darin liegt der eigentliche Grund für die Änderung des § 116 AFG; das war

auch die Motivation der Union und der FDP, die „Neue Heimat“-Affäre im Bundestagswahlkampf immer wieder aufzurühren. Ich will dabei gar nichts entschuldigen. Hier wurde von einigen Verrat an den Ideen der Arbeiterbewegung und am Gedanken des Genossenschaftswesens geübt. Das muß abgestellt werden und es ist abgestellt worden.

Aber wenn hier nichts vertuscht und verschwiegen wird, wenn der „eigene Laden“ in Ordnung gebracht wurde, dann muß deutlich gemacht werden, wie die Rechte aus diesem Thema Honig saugen will. Den Konservativen geht es mitnichten um ein Wohnungsbauunternehmen. Ihnen geht es darum, über die Fehler, die dort gemacht wurden, die gesamte Gewerkschaftsbewegung zu schwächen und so auch die SPD zu treffen. Ja mehr noch: Ihnen geht es darum, die Machtverteilung in unserer Gesellschaft entscheidend und möglichst auf Dauer zu ihren Gunsten zu verändern.

In dem vorliegenden Sammelband werden Strategien diskutiert und vorgeschlagen, diesem Angriff von rechts zu begegnen.

Wie ein roter Faden durchzieht die Frage nach der richtigen Strategie der Gewerkschaften zur Überwindung des konservativen Gesellschaftsmodells das Buch. Die Autoren warten erfreulicherweise nicht mit Patentlösungen auf. Vier Aufsätze sollen hier näher betrachtet werden.

Werner Fiedler diskutiert in seinem Aufsatz „Wege ins Paradies - aber mit den Gewerkschaften“ Thesen von Andre Gorz. Gorz hält einen linken und einen rechten Ausweg aus der Krise für möglich. Fiedler beschäftigt sich mit der konservativen Bedrohung und mit der Notwendigkeit, sich politisch darauf einzustellen. An verschiedenen Beispielen wird erläutert, daß die neue computerunterstützte Arbeitsorganisation durch klassische Tarifverträge nicht mehr zu fassen ist. Diese neue Betriebsrealität, verbunden mit der allseits bekannten „Segmentierung der Gesellschaft“, führe zu einem Legitimationsverlust der Gewerkschaften. Er fordert deshalb die Erarbeitung eines Gegengewichtes zu dieser Entwicklung, um den aufgezeigten Risiken solidarische Lösungen entgegenzustellen. Dieses setzt jedoch eine aktivierte Mitgliedschaft voraus, die auch Kompetenz und konkrete Entscheidungsmöglichkeiten hat.

Maria Springenberg und Martin Jander setzen genau bei diesen Ansprüchen ein. Sie bohren in der Wunde der „Stellvertreterpolitik“. So beklagen sie das reine Delegationsverhältnis von Mitgliedern gegenüber ihren Interessenvertretungen - was sich auch in der aktuellen Tarifrunde zeige. Die Autoren nennen Alternativen, wie Gewerkschaften über eine reine „Tarifmaschine“ hinauskommen können. So weisen sie darauf hin, daß mit den Anforderungen an die Arbeitsplätze durch die neuen Technologien noch keine Entscheidung über die Arbeitsorganisation getroffen ist. Die neuen Technologien bieten durchaus die Möglichkeit, Arbeit anders zu organisieren. Neben der betrieblichen Tätigkeit messen sie einer Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Kommunen (bis hin zur Ortskartellarbeit) große Bedeutung bei: Die Tendenz zur Zweidrittel-Gesellschaft, die die neue Armut in den Kommunen anwachsen läßt, muß verstärkt vom DGB als Thema aufgegriffen werden. Unabhängig davon muß man davon ausgehen, daß bei einem Tarifkonflikt - aufgrund der zu erwartenden Massenaussperrungen, die der neue § 116 AGF

erlaubt - sehr viele Gewerkschaftskollegen im Betrieb nicht mehr ansprechbar sein werden. Deshalb müssen in den Kommunen Strukturen aufgebaut werden, die gewerkschaftliche Solidarität erlauben. Der Hinweis der Autoren dazu lautet: „Felder, die die Lebensqualität der abhängig Beschäftigten entscheidend beeinflussen wie Energiepolitik, Umweltverschmutzung und so weiter, brauchen hier nicht weiter ausgeführt zu werden. Der Versuch, sie kommunal anzugehen, könnte vielleicht eine entscheidende Kompetenzlücke der Gewerkschaften schließen.“

Helmut Schauer von der Tarifaufteilung der IG Metall macht deutlich, daß „Tarifpolitik nicht für sich alleine stehen kann“. Der Trend zu immer einfacheren Arbeiten werde durch den Einsatz von Mikroprozessoren beschleunigt. Diese Entwicklung führe bei der klassischen Tarifstruktur zu Einkommensrückgängen. Deshalb empfiehlt er einen Weg weg vom anforderungsbezogenen Gehalt. Er betont die Bedarfsdeckungsfunktion der Arbeitnehmereinkommen. Somit wird hier aus dem Gewerkschaftsbereich die Forderung nach einem gesicherten Mindesteinkommen gestellt. Die Einführung eines Mindesteinkommens aus tariflicher Notwendigkeit ist sicher ebenso prüfenswert wie es die bisherigen Vorschläge sind, die sich aus dem sozialpolitischen Begründungszusammenhang ergaben.

Marianne Josefowicz-Oetjen und Hinrich Oetjen haben die bestehenden Satzungsstrukturen und auch bestehende Arbeitsgruppen untersucht, um darzustellen, daß es in Gewerkschaften auch bisher möglich war, vor Ort eine lebendigere DGB-Politik zu machen. Sie sehen ihre Vorschläge auch unter dem Aspekt, daß der DGB im Gegensatz zu den Einzelgewerkschaften nur zusammengefaßte koordinierende Aufgabenstellungen hat, zu denen die Tarifpolitik ausdrücklich nicht gehört. Sie zeigen, welche Aktionsfelder es gibt, die zur „sinnvollen Ergänzung und Stärkung der einzelgewerkschaftlichen Aktivitäten in den Betrieben und Verwaltungen“ beitragen könnten.

An praktischen Beispielen belegen sie, wie DGB-Kreise mit Arbeitslosen und sonstigen Interessierten an örtlichen oder regionalen Arbeitsmarktkonferenzen zusammengearbeitet haben. Gewerkschaften erwerben so die Möglichkeit, als Gegenöffentlichkeit gesellschaftspolitischer Machtfaktor zu werden. Interessant sind auch ihre Vorschläge, bestehende Veranstaltungsformen zu überdenken. Sie empfehlen solche Formen, bei denen alle oder zumindest viele mitwirken können: „Es geht also darum, eine Atmosphäre zu schaffen, bei der es für die Kolleginnen und Kollegen möglich ist, ihre Bedürfnisse und Interessen einzubringen und zu äußern.“

Das vorliegende Buch ist ein Plädoyer für mehr innergewerkschaftliche Demokratie, für mehr Diskussion und vor allem für mehr Beteiligung der Mitgliedschaft. Das Ziel, nämlich die Erhaltung beziehungsweise Weiterentwicklung einer

schlagkräftigen Arbeitnehmerorganisation, wird dabei nicht aus den Augen verloren.

Ich hoffe, daß dieses Buch gelesen und diskutiert wird. Auf Dauer wird es für die Gewerkschaften nicht genügen, auf das Verhandlungsgeschick ihrer Vorstände angewiesen zu sein. Um auch in Zukunft erfolgreich zu sein, braucht man eine politisierte Mitgliedschaft, die in der Lage ist, auch differenzierte Lösungen zur Verbesserung ihrer Situation zu diskutieren und durchzusetzen.

Das Buch bereichert nicht nur die innergewerkschaftliche Diskussion, es liefert auch eine Analyse des konservativen Gesellschaftsmodells. Dazu muß die gesamte Arbeiterbewegung praktikable Gegenstrategien entwickeln.

Gerhard Schröder,  
Vorsitzender der SPD Niedersachsen,  
Hannover